

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886848 ppon d
Telefax: 21 06 54

Inhalt

Dr. Wilhelm Nöbel MdB zum Streit der Koalitionspartner, der Problem-Lösungen verhindert: Stillstand in der Bonner Innenpolitik.

Seite 1

Horst Sielaff MdB zu Äußerungen des Unions-Deutschlandpolitikers Lintner und einer „Aktion“ der „Bild“-Zeitung: Das Spiel mit dem Feuer bremsen.

Seite 3

Harald B. Schäfer MdB zum Einschwenken des Umweltministers auf SPD-Positionen: Töpfers unzulänglicher Versuch, die Meinungsführerschaft zurückzugewinnen.

Seite 4

Dokumentation:

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Franz Steinkühler, veröffentlichte in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Metall“ eine Kolumne zum 50. Jahrestag des Kriegsbegins, die wir im Wortlaut wiedergeben.

Seite 6

44. Jahrgang / 156

16. August 1989

Stillstand in der Bonner Innenpolitik

Zum Streit der Koalitionspartner, der Problem-Lösungen verhindert

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bonner Sommerpause, die wegen ihres „Theaters“ oft kritisch kommentiert und nicht selten belächelt wird, hat in diesem Jahr eine interessante und wichtige Klärung herbeigeführt. Nach den Pressekonferenzen der innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Burkhard Hirsch und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, ist nun unzweideutig klargestellt, daß im Bereich der Innenpolitik in dieser Wahlperiode fast nichts mehr läuft. Im Abstand von nur einer Woche haben beide Herren ihre politischen Positionen aufgedeckt und damit den Scheidungsprozeß eingeläutet.

Die ideologische Verbohrtheit und Verstocktheit des ehemaligen Bundesinnenministers Zimmermann ist gewiß ein wichtiger Grund dafür, daß in den ersten drei Jahren dieser Wahlperiode auf dem Gebiet der Innenpolitik fast nichts entschieden werden konnte. Wer nun aber glaubte, daß der neue Innenminister, Dr. Schäuble, das auf Grund gelaufene Schiff der Innenpolitik wieder flott machen kann, sieht sich getäuscht. Auch im letzten Jahr dieser Wahlperiode werden die seit Jahren ungelösten Probleme der Innenpolitik kein Stück vorankommen.

Der FDP-Innenpolitiker Burkhard Hirsch, der auch manchmal von seinem eigenen Parteivorstand zurückgepfiffen wird, hat in der Frage des Datenschutzes, des Verfassungsschutzes, eines neuen Polizeirechts mit der Regelung des sogenannten Todesschusses, dem Ausländer- und Asylrecht Positionen bezogen, die sich von den Vorstellungen der CDU/CSU weit entfernt haben.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vorausgesetzt Umwandlung
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Mehr „Durchsichtigkeit“ des Verfassungsschutzes, Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste, Veröffentlichung der Zahlen, der im Verfassungsschutz gespeicherten Personen, sind mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht durchzusetzen. Dies gilt im übrigen auch für die Frage des Polizeirechts, und da insbesondere für den sogenannten „finalen Rettungsschuß“.

Andererseits ist auch die Forderung des innenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, den Grundgesetzartikel 16 „politisch Verfolgte genießen Asyl“ zu ergänzen, mit der FDP nicht durchzusetzen. Allem Anschein nach gilt dies auch für die Pläne der CDU/CSU, Asylbewerber künftig als „Erntehelfer“ einzusetzen. Auch die Forderung an den Bundesaußenminister, die Visakontrollen in Polen zu verschärfen, ist nicht geeignet, das Klima in der Koalition zu verbessern.

Die Tatsache, daß in der Innenpolitik zwischen beiden Koalitionsfraktionen im wesentlichen Bereich nichts mehr läuft, ist aber kaum Anlaß zur Freude, sondern im Gegenteil höchst bedenklich. Niemand kommt daran vorbei, daß im Bereich des Ausländerrechts, des Asylrechts, des Polizeirechts, des Datenschutzes, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Bekämpfung des Rauschmittelmißbrauches und der damit verbundenen Kriminalität, dem Abbau der EG-Binnengrenzkontrollen und vielen anderen Fragen der Innenpolitik Regelungsdefizite bestehen, die dringend abgebaut werden müssen. Die Blockade der Innenpolitik verhindert zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt falsche Lösungen, sie behindert aber gleichzeitig vernünftige Reformen.

In dieser Situation kommt auf die SPD-Bundestagsfraktion ein besonderes Maß an Verantwortung zu. Die SPD muß mit ihren politisch ausformulierten Vorstellungen für die oben genannten Problembereiche zeigen, daß sie in der Lage ist, Lösungsvorschläge zu erarbeiten und dem Gesetzgeber zuzuleiten, die zu wesentlichen und gewollten Verbesserungen führen und mehrheitsfähig sind.

Nach den Äußerungen der letzten Tage sind sich zum Beispiel in Fragen des Datenschutzes, des Verfassungsschutzes, der Nachrichtendienste, des Ausländer- und Asylrechts sowie des Polizeirechts SPD und FDP politisch näher als die jetzigen Koalitionspartner. Gäbe es nicht die Zwänge der Koalitionstreue, dann - so glaube ich jedenfalls - könnte es in den eben genannten Politikfeldern eine klare Mehrheit im Deutschen Bundestag diesseits von CDU und CSU geben. Davon würden nicht nur die betroffenen Bevölkerungskreise profitieren, manche höchstbedenkliche Rechtsunsicherheit könnte beseitigt werden.

Einen Stillstand in der Innenpolitik können wir uns nicht mehr lange leisten. Es wird Zeit, daß in Bonn neue Mehrheiten dafür sorgen, daß es endlich wieder weitergeht. (-/16.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Das Spiel mit dem Feuer bremsen

Zu Äußerungen des Unions-Deutschlandpolitikers Lintner und einer „Aktion“ der „Bild“-Zeitung

Von Horst Sielaff MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die CDU/CSU hat offensichtlich kein einheitliches Konzept für eine vernünftige Deutschlandpolitik; es sieht nach heftigen Flügelkämpfen zwischen Realisten und dem Stahlhelmflügel aus. Während sich Bundeskanzler Kohl erneut persönlich an den Staats- und Parteichef Honecker auf der Suche nach einer Lösung für die DDR-Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft wendet, entfacht der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lintner, in der „Bild“-Zeitung ein Kesselreiben gegen die DDR-Funktionäre.

Lintner will, so schreibt er, so viel Dampf im Kessel der DDR entfachen, daß es dort endlich einen Führungswechsel gibt.

Das ist ein unverantwortliches populistisches Geschwätz. Frei Haus wird der DDR-Propaganda ein nachweisbares Argument dafür geliefert, wie die Bundesregierung versuche, die DDR zu destabilisieren. Die Äußerungen Lintners kommen fast einem versteckten Aufruf zum Widerstand in der DDR gleich. Wo bleiben die verantwortungsbewußten PolitikerInnen in der CDU/CSU, die dieses Spiel mit dem Feuer bremsen?

Lintners Äußerungen gefährden darüber hinaus in hohem Maße die Verhandlungen von Staatssekretär Priesnitz. Mit Drohungen hat man noch nie vernünftige Verhandlungsergebnisse erreicht.

Gemeinsam mit einer Aktion der „Bild“-Zeitung wird hier unverantwortlich dramatisiert und aufgeputscht. Damit wird man die Lage der Menschen in der DDR nicht erleichtern, sondern - so steht zu befürchten - erschweren. Gerade jetzt ist Besonnenheit und politische Klugheit notwendig. Populistisches Geschwätz, um innenpolitische Vorteile im rechten Lager zurückzuerobern, schadet der Sache und hilft langfristig sicherlich am wenigsten den Menschen in der DDR, um die es ja eigentlich gehen sollte.

(-/16.8.1989/vc-he/rs)

* * *

Töpfers unzulänglicher Versuch, die Meinungsführerschaft zurückzugewinnen

Zum Einschwenken des Umweltministers auf SPD-Positionen

Von Harald B. Schäfer MdB

Nachdem er dazu wirklich lange genug Zeit hatte, hat nun auch der Bundesumweltminister - offenbar aufgeschreckt durch den großen öffentlichen Zuspruch für die Vorschläge der SPD-Arbeitsgruppe „Fortschritt '90“ - die ökologische Marktwirtschaft entdeckt. Damit wird offenbar die dritte Phase des von Hans-Jochen Vogel beobachteten Drei-Phasen-Modells wirksam: Einschwenken auf unsere Linie.

Allerdings wirkt Töpfers Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Instrumenten wenig glaubwürdig, wenn man sich erinnert, daß die Bundesregierung und der Bundesumweltminister Abgaberegulungen im Umweltschutz, zum Beispiel Erhöhung der Abwasserabgabe, Abgaben im Abfallbereich und bei der Luftreinhaltung stets abgelehnt haben. So kommt selbst das von Töpfer bestellte Gutachten der ausgewiesenen regierungsfreundlichen Professoren Hansmeyer und Schneider nicht umhin festzustellen, daß „ökonomische Instrumente in der umweltpolitischen Entwicklung praktisch keine Rolle gespielt haben und lediglich mit der Abwasserabgabe oder den Kompensationsklauseln des Immissionsschutzes in rudimentärer Form Anwendung finden“.

Töpfers Versuch, der SPD die Meinungsführerschaft beim notwendigen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft streitig zu machen, dürfte mißlingen. Seine Vorschläge zur Konkretisierung der bisher mageren CDU-Programmaussagen in diesem Bereich leiden an mangelnder konzeptioneller Geschlossenheit und umweltpolitischer Konsequenz. Neben den Selbstverständlichkeiten zur Weiterentwicklung des Ordnungsrechts, die im übrigen hinter unseren Vorstellungen und Beschlüssen zurückbleiben, enthält sein Konzept auch im Bereich der ökonomischen Instrumente wenig Neues.

Neben der auch von uns geforderten Abgabe auf Sondermüll ist es vor allem der Vorschlag einer CO 2-Abgabe, mit der Töpfer das verlorene umweltpolitische Profil zurückgewinnen will. Auch dieser Vorschlag ist wenig durchdacht. Rund 50 Prozent der CO 2-Emissionen stammen aus der Verbrennung von Mineralölprodukten. Diese werden überwiegend bei Kleinemittenten (Kraftfahrzeuge, Heizung) erzeugt. Solche Kleinemittenten können über eine CO 2-Abgabe kaum praktikabel erfaßt werden. Da es für CO 2 keine Rückhaltetechnologien gibt, können CO 2-Emissionen nur durch einen geringeren Energieverbrauch reduziert werden. Die von uns vorgeschlagenen Energiesteuern sind daher der wirksamste Weg, dem Energieverbrauch und damit die CO 2-Emissionen zu reduzieren. Eine reine CO 2-Abgabe für Großemittenten wird dem Problem nicht gerecht.

Interessant ist, daß die CO₂-Abgabe in dieser Form von den Sachverständigen Hansmeyer und Schneider nicht vorgeschlagen wird. Sie plädieren vielmehr für eine Luftschadstoffabgabe auf die Restverschmutzung bezogen auf diejenigen Anlagen, die der TA Luft beziehungsweise der Großfeuerungsanlagenverordnung unterliegen. Dies entspricht exakt den Vorschlägen der Arbeitsgruppe „Fortschritt '90“. Wir sehen eine allgemeine Luftschadstoffabgabe, die auch NO_x und SO₂ sowie weitere Schadstoffe einbezieht, als Ergänzung der Energiesteuern auf Mineralöl und Gas vor.

Damit kann kein dynamischer Anreiz zur weiteren Reduzierung aller relevanten Luftschadstoffe gegeben werden. Dafür, daß Töpfer dem Rat seiner Sachverständigen nicht gefolgt ist, und sich lediglich auf eine CO₂-Abgabe beschränken will, gibt es für mich nur eine plausible Erklärung: Wenn sich Töpfer für eine Luftschadstoffabgabe ausgesprochen hätte, wäre allzu offensichtlich geworden, daß seine Vorschläge lediglich in Teilbereichen nachvollziehen, was von der Arbeitsgruppe „Fortschritt '90“ als in sich geschlossenes Konzept vorgelegt wurde.

In einem Punkt hat der Bundesumweltminister der Mut völlig verlassen. Er läßt, wie schon so oft in der Vergangenheit, die Landwirtschaft völlig ungeschoren. Seine Vorschläge sehen weder eine Abgabe auf die umweltschädigende Massentierhaltung noch auf die gewässer- und grundwasserbelastenden Düngemittel und Pestizide vor.

Es mag sein, daß Töpfers insgesamt enttäuschende Vorschläge den CDU-Parteitag im September passieren werden. Ob sein umweltpolitisches Minimalprogramm auch ungeschoren das Kabinett passieren wird, steht freilich noch in den Sternen.

(-/16.8.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Franz Steinkühler: Wer revanchistische Reden hält, ist eine Gefahr für den Frieden

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Franz Steinkühler, veröffentlichte in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Metall“ eine Kolumne zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns, die wir im Wortlaut wiedergeben.

Am 1. September 1989 jährt sich zum 50. Mal der Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen. Spätestens seit diesem Tag konnte niemand mehr behaupten, er habe nichts gewußt. Die Welt wurde in einen Krieg gestürzt, an dessen Ende fast auf den Monat genau sechs Jahre später der erste Abwurf einer Atombombe stand.

Aus dem 1. September ist der Anti-Kriegstag geworden. An ihm gedenken wir all der Toten der Kriege, der Ermordeten, die in den Konzentrationslagern der Nazis gequält, gefoltert, gedemütigt, vergast und erschlagen wurden. Wir denken an die Völker in Ost und West, die von den deutschen Armeen überfallen wurden. Wir leiden mit den Nachfahren all derjenigen, die aus rassischen und politischen Gründen verfolgt und ermordet wurden.

An diesem 1. September sollten wir uns auch daran erinnern, wie es zu dieser von Menschen verursachten Katastrophe kommen konnte. Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Niedergang, zerstrittene Gewerkschaften und ein zersplittertes Parteiensystem waren der Humus der Weimarer Republik, auf dem die braune Saat der Nazis aufgehen konnte. Viele haben dies nicht erkannt oder wollten es nicht erkennen und haben sich zu spät gewehrt.

Geschichte wiederholt sich nicht, denn dann wäre es einfach, Fehler zu vermeiden und die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Aber aus der Geschichte lernen, heißt sich gegen alles zur Wehr zu setzen, was unter anderen historischen Bedingungen schon einmal in die Katastrophe geführt hat.

Das heißt, die Gefahren von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Verelendung nicht zu verniedlichen, sondern die Ursachen zu bekämpfen.

Das heißt, gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus sich entschieden zur Wehr zu setzen. Dazu gehört auch, daß eine Partei wie die Republikaner mit allen Mitteln des demokratischen und sozialen Rechtsstaats klein gehalten werden muß.

Es ist unstrittig: Die Bundesrepublik ist nicht Weimar. Aber sie ist deshalb nicht Weimar, weil nach dem Krieg Konsequenzen gezogen wurden. Sie müssen allerdings tagtäglich von engagierten Demokraten immer wieder erneuert und mit Leben erfüllt werden. Dazu gehört auch die Anerkennung der nach dem Krieg geschaffenen Realitäten.

Wer heute, 50 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, immer noch von Deutschland in den Grenzen von 1937 redet, der hat nichts gelernt. Wer revanchistische Reden hält, der ist eine Gefahr für den Frieden. Notwendig ist die beschleunigte Fortsetzung des Abrüstungsprozesses in Ost und West.

Wer heute dem Frieden dienen will, der muß bereit sein, Glasnost und Perestrojka aktiv zu unterstützen.

(-/16.8.1989/vo-he/rs)

* * *